

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

135 (21.3.1919) Mittagausgabe

# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitaus größte Bezielerszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen

Eigentum und Verlags von Fr. E. Biergarten. Verantwortlich für alle Anzeigen: Anton Huber, Bad. Postamt, Postfach 100. Zeit: H. Ehrh, v. Gersdorff, Bad. Postamt, Postfach 100. Für den Anzeigenteil: A. Mühlbacher, Bad. Postamt, Postfach 100. Berliner Vertretung: Berlin W 10.

Die badische Grundbesitzkarte 1:50,000. Die Karte ist in 10 Blätter eingeteilt. Jedes Blatt kostet 1,75 M. Die Karte ist in 10 Blätter eingeteilt. Jedes Blatt kostet 1,75 M. Die Karte ist in 10 Blätter eingeteilt. Jedes Blatt kostet 1,75 M.

## Bezugs-Preise:

Ausgabe	A	B
monatlich	1.50	1.70
3 Monate	4.50	5.10
6 Monate	8.50	9.30
1 Jahr	16.50	18.00

Geschäftsstelle: Bad. Postamt, Postfach 100. Telefon: 8359.

Nr. 135. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 21. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 309. 35. Jahrgang.

## Die schwankende „polnische Brücke“.

Karlsruhe, 21. März. Bei ihrem Bestreben, sich einen dauernden Ausgang zur Ostsee, an der Weichselmündung, zu beschaffen, führen die Polen zur Rechtfertigung ihrer Wünsche vor allem die Tatsache an, daß durch das zum großen Teil überwiegende Polentum in Westpreußen von Polen geradezu eine „polnische Brücke“ zum Meere liege. Um die Berechtigungen dieser Behauptungen zu prüfen, ist nun kürzlich im geographischen Institut der Berliner Universität unter der Leitung von Professor Alfred Penck eine Karte entworfen worden, die auf Grund geographischer Forschungen das Schicksal von der polnischen Brücke als hinlänglich erwiesen. Diese Karte hat den Vorschlag, die Nationalität der einzelnen Gemeinden und nicht nur etwa der Kreise zu berücksichtigen. Sie verzeichnet rein deutsche und rein polnische Gebiete, d. h. solche, die weniger als 5% der anderen Nationalität besitzen, sowie überwiegend Deutsche und überwiegend polnische Gebiete.

Auf dem ersten Blick mag die Karte als ein höchst interessantes geographisches Bild im nordwestlichen Teile von Westpreußen übersehen werden, das sich von Bromberg ungefähr bis in die Gegend von Rixhöft an der Ostsee erstreckt. Diese 7000 qkm umfassende polnische Landzunge besteht aber durch ihre Bevölkerung aus zwei verschiedenen Teilen: aus 217 000 Polen und 102 000 Deutschen. Dieses Verhältnis ist ein sehr großes. Dabei sind hier unter die Polen auch die Karoliner einbezogen, die sprachlich nahezu selbständig sind. Mit der polnischen Landzunge zum Meere ist es also nicht so einfach.

Wie sieht es nun aber mit der polnischen Brücke entlang der Weichsel zur Ostsee? Auch ist sie eine Konstruktion. An der Weichsel entlang geht nämlich keine polnische, wohl aber eine deutsche Brücke, die auf festen Pfeilern ruht und den Deutschen als Festland und als Heimat anzeigt. Sie führt von Thorn nach Bromberg durch ein deutsches Gebiet, weiter über Gnesen durch überwiegend deutsches Land, dann westlich von Marienwerder abermals durch ein deutsches Gebiet, um weiter nördlich nach einer mäßigen Unterbrechung durch nur 2 in der Weichsel der Bevölkerung polnische Dörfer wieder in das rein deutsche Land zu münden, in Reichelshausen, bei Danzig und Elbing.

Wie gesagt, nur westlich von Westpreußen die Deutschen enger bei einander wohnen als die Polen, erstreckt das von den Polen und Karoliner bewohnte Gebiet als verhältnismäßig große Insel im Ostseegebiet, das sich nach Osten hin öffnet. In Prozenten ausgedrückt aber, bewohnen das Land 55% Deutsche und 45% Polen, die sich bei einer Bevölkerung von 1 000 000 auf 550 000 Deutsche und 450 000 Polen, in ungleicher Rechnung in 60% und 40%, also zu Ungunsten der Polen, verhalten.

Es schwankt also die „polnische Brücke“ in ihren Grundfesten. Daß die Polen, wie wohl alle Völker, das Streben nach dem Meer haben, läßt sich begreifen und auch seiner wird bestreitet, daß die Reichsgebiete einmal unter polnischer Oberhoheit standen. Aber heute haben Ost- und Westpreußen mit ihrer großen deutschen Sprachinsel kein so viel deutsche Bewohner als das nur deutschsprachige polnisch-litauische Land zwischen Bromberg und Rixhöft, das nirgends Anknüpfung an polnische Gebiete hat.

## Die polnische Frage vor der Pariser Kommission.

Paris, 20. März. (Durch Junkspruch.) In der mit der Ausarbeitung zu Gesehlichkeit der neuen polnischen Grenzen beauftragten Kommission machte der englische Premierminister Lloyd George auf die Gefahr aufmerksam, welche in der Bildung einer deutschen Freistaats in westpreussischen Gegenden liege und vertrat die Ansicht, daß dem polnischen Staat, statt mit einem Gebietsausgang zum Meere, mit dem Schiffsfahrrecht auf der Weichsel und einer Benutzung der beiden Eisenbahnlinien von Danzig nach Thorn und Warschau viel mehr Licht ausgeben sei. Die Kommission wurde beauftragt, bis zum Freitag ein neues Projekt fertigzustellen, welches die endgültige Regelung fixieren soll.

## Der Abbruch der Verhandlungen in Polen.

WTB. Berlin, 20. März. Die Note, die der französische Vorkommissar Rouleux in Polen dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission Lehen, von Neudenberg über den Abbruch der Verhandlungen überab, lautet: Die deutsche Regierung hatte die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Verhandlungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegation unter dem Vorwande zurückgezogen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann ohne genügende Informationen zurückgeschickt. Die deutsche oberste Geschäftsleitung hat seinerzeit die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, General von Dommers, unterstellt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung abgehandelt worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Zivilverwaltung einig zu gehen. Die internationalisierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Teilzeit hergeben, welche die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 18. Februar 1919 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendet und wird Polen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird im Benehmen mit General Rouleux alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen.

Bon zuständigen Stelle wird hierzu bemerkt: „Diese Note des Vorkommissars Rouleux geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Durch die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vorne herein dem Gegner die Mehrheit in der Oberkommission zugesand, die Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen in Polen restlos in die Hände der Alliierten legen? Das dürfte die deutsche Regierung nicht. Deshalb blieb sie bei ihren Vorwürfen und wies ihre Unterhändler, die in allen sonstigen Fragen frei handeln können, streng an, in diesem einzigen Punkte auf jede Gefahr hin festzubleiben.“

Berlin, 21. März. Die von Obersten Rat der Alliierten vorgelegene Lösung der Frage des Zugangs Polens zur Ostsee unter Einbeziehung eines westpreussischen Gebiets als Landbrücke trennt, wie die „Germania“ schreibt, einen Teil Deutschlands von dem übrigen Deutschland und spricht ihn dem neuen polnischen Reich zu ohne Rücksicht auf den Willen der betreffenden Bevölkerung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung für Deutschland ganz unannehmbar ist, und daß sich keine deutsche Regierung finden wird, die einen Friedensvertrag unterzeichnen wird, der eine derartige Bestimmung enthält. In einer Unterredung des Reichsministers Erzberger mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ äußerte er

über den Stand der Angelegenheit u. a.: Die deutsche Regierung hat die Pflicht, eine polnische Truppenlandung in Danzig zu verweigern. Es widerspricht Treue und Glauben, wenn die Polen versuchen, schon vor der Friedenskonferenz der Entscheidung vorzugreifen und Verhältnisse zu schaffen, die jetzt zu Blutvergießen und für die Zukunft zu neuem Völkermord und Mordmorden führen müssen.“

## Deutschland verweigert polnische Landungen in Danzig.

WTB. Berlin, 20. März. Von der deutschen Reichsregierung wird die Landung polnischer Truppen in Danzig nach wie vor abgelehnt. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nach Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens vom 11. Nov. 1918 die deutsche Regierung in keiner Weise verpflichtet ist, in Danzig polnische Truppen landen zu lassen. Die Reichsregierung hat auch bisher niemals zu einer Landung polnischer Truppen ihre Zustimmung gegeben. Sie hat während der Verhandlungen in Polen ausdrücklich abgelehnt, die Frage dort überhaupt zu diskutieren, aber auch in Spa, wo allein die Frage entschieden werden kann, wird die deutsche Regierung auf Grund des Artikels 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. Nov. 1918 stets darauf beharren, polnische Landungen in Danzig nicht zuzulassen, um, wie Reichsminister Erzberger dem Danziger Abgeordneten der Nationalversammlung auf eine Eingabe geantwortet hat, die Polengefahr von der deutschen Stadt Danzig abzuwenden.

## Die weitere Lage im Osten.

### Zur Lage an der Ostfront.

WTB. Berlin, 20. März. An der polnischen, ostpreussischen und polenischen Front Patrouillengeplänkel. Die Polen beschließen neuerdings, so bei Zonne und im Raume von Bromberg, die freilich ihrer Feldarbeit nachgehenden Bauern mit Maschinengewehren und Infanterieschwer. Am 19. März abends schleppten sie fünf Bauern aus der Bentschener Gegend fort.

Im Baltikum gehen die Bolschewiki weiter zurück. Trotz ihrer militärischen Erfolge der letzten Zeit, insbesondere in Südrussland, ist es ihnen bisher noch nicht gelungen, ihre durch Abgaben geschwächten baltische Front wieder zu verstärken. Infolgedessen haben die Truppen der litauischen Regierung und baltische Landeswehr weiter Gelände nach Osten genommen. Baltische Landeswehr hat unter der persönlichen Führung ihres Befehlshabers, Major Pfeiffer, in Litauen, baltischen Streikzug von Tulkum aus vordringend Mittau besetzen können. Auch den rein deutschen Truppen gegenüber beginnt der bisher sich hartnäckig wehrende Gegner nun seine Stellungen zu räumen.

### Die Kämpfe um Litauen.

o Basel, 20. März. (Privat.) Das Litauische Freikorps meldet: Die Feindseligkeiten haben auf der ganzen Front wieder angefangen. Die Russen haben bei Sedo eine neue schwere Niederlage erlitten. Die Litauer greifen nordwestlich von Wilna an. Der Feind zieht sich auf der ganzen Front zurück. Die Litauen nahmen Tulkum und Bieden. Die Bolschewiki fliehen auf der ganzen litauischen Front.

### Unruhen in Warschau.

o Basel, 20. März. (Privat.) Das Polnische Freikorps meldet aus Warschau: Bolschewistische Elemente haben den Generalstreik in Polen zu proklamieren versucht; der Versuch mißlang. Infolge ausgebrochener Unruhen wurden in Warschau behördlicherseits große Hausdurchsuchungen unternommen. Im jüdischen Viertel wurde ein Waffen- und Munitionslager aufgefunden. Ueber 300 Verdächtige wurden verhaftet.

### Um Lemberg.

WTB. Wien, 19. März. Nach dem polnischen Generalstabesbericht gelang den Polen die Herstellung einer Verbindung mit den bei Lemberg und Grodek kämpfenden Truppen, sobald die von den Ukrainern beabsichtigte Einnahme von Lemberg damit vereitelt erscheint.

### Die Ukraine im Besitz der Bolschewiken.

WTB. London, 20. März. Reuters erfährt, daß heute früh in London noch kein amtlicher Bericht von der Räumung Odessas vorlag. Reuters wurde mitgeteilt, daß die Bolschewiken Ocheron und Nikolajew erst nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besetzten, die die Städte schließlich annehmen mußten und nach Odessa gebracht wurden. Die zurückgelassene deutsche Besatzung leistete anscheinend keinen Widerstand. Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewiken.

## Um die Badische Verfassung.

### Die Rede des Ministers Dr. Haas. — Eintritt in die Einzelberatung.

Karlsruhe, 21. März. Die geistreiche, viertelstündige Nachmittags-Sitzung brachte eine passende Rede des Ministers des Innern Dr. Ludwig Haas, der nach einigen Dankesworten an den Verfassungskommissionen für dessen gründliche Arbeit, ein Thema anknüpfte, mit dem er gewiß unsern ganzen Volks aus dem Herzen gesprochen hat, dadurch, daß er nämlich in warmen Worten den besetzten Hanauer Landbesitz, zugleich aber auch jedem von französischer Seite auftauchenden Gedanken, diesen können erstbaldigen Landeswill in Frankreich einzuverleiben zu können, mit bestimmter Energie in die Schranken wies. Unter fortwährenden Zustimmungsrufen von allen Bänken des Hauses wies der Minister darauf hin, wie dieser in der französischen Presse schon auftauchende Annexionsgedanke den Willensgrundlagen ins Gesicht schlage. Gleich lebhaften Widerhall fanden die Worte des Ministers, als er die schöne nationale Haltung der Reiter und Hanauer rühmte. Mit Recht gelte der Minister, wie die jetzige Haltung unserer Feinde geeignet ist, die Gegenstände zu verschärfen, er betone aber auch gleichzeitig, wie all das, was uns heute von unseren Feinden angetan wird, sich für diese einmal bitter rächen werde. Da von dem Abg. Wagner in der jetzigen Vormittags-Sitzung an einem von dem Justizminister Marum geleiteten Artikel geübt

Kritik gab Dr. Haas Anlaß darauf hinzuweisen, wie notwendig die Stärkung unserer Freiwilligenbataillone sei, zu deren Beirrat der Justizminister in dem fraglichen Artikel aufgefordert hatte. Was im folgenden der Minister des Innern über die Beobachtung des bundesstaatlichen Charakters Badens und über die Schaffung eines starken, deutschen Reiches sagte, haben wir von ihm schon an anderer Stelle gehört. Die Wiederholung in der Nationalversammlung war aber eine durchaus gerechtfertigte Betonung.

Im letzten Teil seiner Rede wandte sich Dr. Haas dann gegen jede Gefährdung der Pressefreiheit. Er hatte dabei besonders im Auge die Fälle in Mannheim, wo die sozialdem. „Volksstimme“ von den Kommunisten besetzt worden war und wo auch bürgerliche Zeitungen sich während der Unruhen erhebliche Einschränkungen gefallen lassen mußten, sowie den Willinger Fall, bei dem der Redakteur des dortigen Zentrumsblatts durch die Demonstrationen des Landes verwiesen worden war.

Der Minister betonte, hier, wie später, als er gegen Schluß der Sitzung nochmals das Wort ergriff, daß es keine Pflicht sei, die Pressefreiheit unter allen Umständen zu wahren. Er verknüpfte damit aber auch die Wahrung an die Presse, durch eine gewisse Zurückhaltung in der Polemik den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Die Worte des Ministers wurden im Uebrigen von der Erkenntnis der großen Gerechtigkeit, waren so sehr getragen von der Erkenntnis der großen Bedeutung ihrer freien und gesicherten Stellung in einem sich vorwärts entwickelnden Staatswesen, dessen eigene Kräfte und Rechte in der rechten Pressefreiheit erst gewährt sind, daß er zu der Zustimmung des Hauses auch der Anerkennung und des Dankes der zunächst beteiligten Kreise gewiß sein darf.

Die Ministerrede bildete den Schluß der allgemeinen Aussprache. Dann trat man in die Einzelberatung ein, wobei die §§ 1—17 nach kurzer Aussprache angenommen wurden. Die Frauen des Zentrums, der Demokratie und der Sozialdemokratie nahmen bei den entsprechenden Paragraphen die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, welche verantwortungsvollen Aufgaben die Frauen mit der Uebertragung des Stimm- und Wahlrechts übernommen hätten. Wie vorzugehen war, riefen dann die §§ 18 und 19 die Redner aller Fraktionen auf den Plan. Nach einmal wurde eingehend das Verhältnis von Schule und Kirche verhandelt. Hatte aber das Haus den ersten Rednern noch einige Aufmerksamkeit geschenkt, so verlebte diese, je später es wurde, immer mehr. Die letzten Redner hatten kaum mehr ein Duzend aufmerksam lauschende Hörer im Saal.

Am 18 Uhr schloß der Präsident die Sitzung. Die Abstimmung über die beiden §§ 18 und 19 erfolgt heute. Zunächst werden dazu noch einige Redner sprechen. (Siehe den Sitzungsbericht auf Seite 3 dieses Blattes.)

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Um den Völkereid.

WTB. Rotterdam, 21. März. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ macht das englische Publikum darauf aufmerksam, daß der Bezug gegen den Völkereid in Amerika immer mehr einen gegen England gerichteten Charakter annehme. Die Gegner des Völkereides, schreibt der Korrespondent, stellen ihn als Werkzeug der britischen Politik hin. Die Gefahren, die dieses Vorgehen mit sich bringt, liegen auf der Hand, denn die republikanischen Gegner Wilsons legen jetzt auf die England feindlichen Gefühle weiter Völkereide so großes Gewicht, daß es später schwierig wird, diese Gefühle wieder zu beseitigen.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ bezeichnet den Erfolg, den der Präsident Wilson errang, als Pyrrhus-Sieg, durch den jede Aussicht darauf, daß der Völkereid ein zweckmäßiges Mittel zur Sicherung des Weltfriedens werde, vernichtet werde.

### Englische Proteste gegen einen Gewaltfrieden.

Sch. Rotterdam, 21. März. (Privat.) „Daily News“ bringt Berichte aus 18 englischen Großstädten über Massendemonstrationen des letzten Sonntags, die gegen einen Diktatorfrieden demonstrierten.

### Zur Entschädigungsfrage.

WTB. Amsterdam, 20. März. In der Unterhaus-Sitzung vom 7. März sagte Bonar Law in Beantwortung von Anfragen, die Regierung habe nicht die Absicht, dem Feinde größere Zahlungen aufzuerlegen, als er nach amtlicher Erklärung zu leisten imstande sei.

### Die Donaufragen.

WTB. Berlin, 20. März. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand gestern unter dem Vorsitz des Vorkommissars Graf Bernstorff eine Besprechung über die bei der Friedensregelung zur Verhandlung kommenden Donaufragen statt, an der zahlreiche Vertreter der an der Donaufahrt beteiligten Gesellschaften teilnahmen.

### Wiederaufnahme des englisch-deutschen Handelsverkehrs.

o Bern, 21. März. (Privat.) „Echo de Paris“ meldet aus London: Die englischen Schiffahrtslinien zeigen die Wiederaufnahme von Transporten nach deutschen Häfen für den 1. Mai an.

### Italiens Entschädigungsforderung.

D. Lugano, 20. März. (Privat.) Nach Presseberichten wird Italien verlangen, daß als Entschädigung für den durch den feindlichen Einsatz in Venedig verursachten Schaden 5 Millionen in bar und 10 Milliarden Mark durch eine Lieferung binnen fünf Jahren zu bezahlen sind.

### Zur Rückkehr deutscher Kriegsgefangener.

WTB. Berlin, 20. März. Im Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa am 18. März heißt es: Die französische Regierung ließ ihren Beschluß mitteilen, die schwerverwundeten und schwerkranken deutschen Kriegsgefangenen sofort heimzuführen. Die ärztlichen Untersuchungen hätten zu diesem Zwecke bereits begonnen. Die Betroffenen würden binnen langer Zeit abreisen können. Der deutsche Vorkommissar erinnerte daran, daß nach den Aufzügen Frankreich etwa 2000 schwerverwundete und kranke Kriegsgefangene im Lager haben. Auf Grund der französischen Mitteilung fragte er sich

aber, ob auf eine größere Zahl zu rechnen sei. Rudant versprach hierüber baldige Auskunft.

Heimkehr deutscher Truppen aus Asien.

WTB. Hamburg, 21. März. Der Dampfer „Ullrich“ ist gestern nachmittag mit Truppen aus der Türkei auf der Elbe eingetroffen und bei Groden in Quarantäne geschickt worden. Er wird voraussichtlich vor Samstag vormittag nicht nach Hamburg kommen. An Bord befinden sich 2000 Mann des asiatischen Korps.

Er mordung des Generals Sigt von Arnim in Böhmen?

— Berlin, 21. März. Wie der „Berl. Volksanz.“ englischen und französischen Blätterberichten entnehmen, ist der deutsche General Sigt von Arnim in Misch in Böhmen ermordet worden. Eine Nachprüfung der Meldung war noch nicht möglich.

Die Geschehnisse im Reich.

Herr Rippmann als Oberpräsident von Pommern.

— Berlin, 21. März. Als Nachfolger des zurücktretenden Oberpräsidenten von Pommern, des früheren Reichsanwalters Dr. Michaelis, ist das demokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung Rippmann-Stettin in Aussicht genommen.

Zur Sozialisierung.

WTB. Berlin, 20. März. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. ds. Mts. beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß begegnet sich mit dem beabsichtigten Gesetzesentwurf der Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr darin aufgestellten Wirtschaftszweige, besonders die Erzeugung von Nahrungsmitteln, die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerbemäßige Stellenvermittlung und die Kommunalisierung der Apotheken sollen nach dem Willen der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisierungsgedanken für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so zu der politischen und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Stils zu kommen.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise.

WTB. Essen a. d. R., 20. März. In der heutigen Sitzung der Zechenbesitzer wurde folgender Beschluß gefaßt: Bei den sehr schlechten Gekohlungsverhältnissen, welche selbst gutgestellte Zechen seit einigen Monaten aufweisen und angesichts der sorgfältigsten Steigerung der Selbstkosten mußte eine weitere und wiederum beträchtliche Erhöhung der Preisunterstützung vorgenommen werden. Die Steigerung der Selbstkosten ist in der Hauptsache auf die gewaltigen Lohnsteigerungen, ferner auf die verlängerte Arbeitszeit und auf die geringere Arbeitsleistung zurückzuführen. Die Preissteigerung beträgt im allgemeinen für Kohlen 20 Mark, für Koks 30 Mark und für Brekett 20,50 Mark per Tonne. Sie verleiht sich einschließlich Kohlen- und Umfrachter und gelten für ein Monat April.

Abweichend von dieser Preissteigerung werden die Preise für Mühle um 22 und für Preßkohlen 1-3 um 36 Mark wegen der besonderen Steigerung der Herstellungsstellen erhöht, während die Preise für geringere Brennstoffarten, Schlammkohlen, Mischprodukte, minderwertige Steinkohlen und Koksgrus nur um 5 Mark für die Tonne erhöht werden. Die Preissteigerung für Brekett ist um 50 Pfg. höher als für Kohlen zum Ausgleich des Preisrückgangs. Die heutige Preissteigerung entspricht nur knapp und vielfach nicht einmal den Verlusten, die diese Zechen in den letzten Monaten erlitten haben.

Wern beteiligt sich nicht an der neuen deutschen Wehrmacht.

Mr. München, 21. März. (Privat.) Der neue bayerische Militärminister Schnepfener hat in einer Versammlung der Reichswehrsozialisten in München erklärt, Bayern mache die Wehrmacht in Weimar beschlossene Neubildung der Wehrmacht seinerseits nicht mit. Wie hätten so schnell als möglich abzuzurück zu sein; der Zeitpunkt müsse kommen, wo das Volk nur noch mit geistigen Waffen kämpfe.

Zur Lebensmittelversorgung.

Sch. Rotterdam, 21. März. (Privat.) Die Londoner „Times“ meldet aus dem Haag: Die niederländische Regierung hat bei den Alliierten die Ausfuhrbewilligung für Lebensmittel nach Deutschland in Höhe von 850 000 000 Gulden nachgesucht.

Sch. Rotterdam, 21. März. (Privat.) Nach Blättermeldung aus New York schreibt die dortige „Sun“, daß bis Mitte April insgesamt 500 000 Tonnen Lebensmittel für die Mittelmächte aus Hoboken abgefahren sein könnten. Die Lager der großen Werften seien so reichlich gefüllt, daß die Vorräte die Abrollungen bis Ende April decken.

Frau Hannas Ehe.

Roman von Erna Weihenborn-Danker.

(46. Fortsetzung.) Konrad Bunthardt setzte sich wieder in den tiefen Klubsessel und sah vor sich hin. Gleich darauf kamen hastige Schritte die Treppe herauf, die Tür wurde wieder aufgedrückt. Henriette stand auf der Schwelle. „Wilst du nicht wenigstens eine Tasse Kaffee trinken?“ „Ich sagte doch schon, daß ich allein sein will.“ Sie klinkte hinter sich zu. „Du mußt ruhiger werden“, meinte sie überlegen. „Ich verstehe ja wohl, wie es ist, wenn an einem Namen plötzlich ein Makel hängt. Wir müssen das aber alle mit dir tragen und leiden nicht weniger darunter. Die Hauptsache ist, daß uns keine Schuld trifft. Wir haben nichts außer Acht gelassen, um die Schmach von uns fernzuhalten. Es ist ja schon das zweite Mal, daß sie über uns kommt.“ Ein eigenartiger Blick traf sie. „Am meisten ist ja Gertha zu beklagen“, fuhr sie fort. „Gerode sie mußte am Fenster stehen, um mit anzusehen, wie ihr Verlobter, — nun, du weißt ja. Wir müssen sehr gut zu ihr sein, um ihr über das Geschehene hinwegzuhelfen.“ „Johanna hat an jenem Abend nichts Unrechtes getan“, sagte er kurz. „Ich habe überhaupt nie daran geglaubt.“ „Ach, du entschuldigst sie wohl gar?“ „Ich entschuldige nichts.“ Seine Finger trommelten nervös auf der Schreibtischplatte. „Aber diesen Punkt möchte ich klargestellt haben, schon um meiner selbst willen.“

Die Versorgungsgefährdung durch den Ausfall der Seelente.

— Berlin, 20. März. Der „Vorwärts“ meldet zu dem Beschluß des Seemannsverbandes, daß das „Hamburger Echo“ darauf aufmerksam macht, daß die feindlichen Mächte entschlossen sind, sich der deutschen Schiffe mit Gewalt zu bemächtigen, wobei dann jedes Schiff auf Lebensmittel vernichtet wird. Auch die nautischen und technischen Offizierverbände, so schwer ihnen der Verlust der Schiffe falle, seien ebenso wie die Transportarbeiter davon überzeugt, daß die Schiffe ausgeliefert werden müßten.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Das Vorgehen der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil des Planes, Deutschland derart zu gefährden, daß es nicht mehr instand ist, gegen die spartakistischen Machtansprüche sich zu wehren, und nicht mit Unrecht wird man hinter ihrem Vorgehen die russische Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient. Der Abschluß des Lebensmittelabkommens von Brüssel muß daher den Spartakisten sehr unangenehm sein, und in dem Hamburger Beschluß, sehen wir einen letzten Entschluß, seine Durchführung zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen huntern. Das ist das A und O der spartakistischen Politik. Mögen unsere Seelente dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen, aber auch die Arbeiter aller Berufe mögen erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlichster Feind ist.

— Hamburg, 20. März. Nach heftigen Meldungen der „Voss. Ztg.“ haben sich nunmehr genügend Seelente bereit finden lassen, die sich auf den Schiffen der Hapag anmellern lassen, so daß zwei Dampfer der ersten Staffel voll besetzt sind. Es sind das die Dampfer „Patricia“ und „Cleveland“. Die Schiffe sollen heute nachmittag 4 Uhr den Hamburger Hafen verlassen. Es ist aber noch ungewiß, ob die Mannschaften in den französischen Häfen durch die Entente von den deutschen Schiffen heruntergenommen und zurückgeschickt werden. Die Mannschaften sind jedenfalls auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden.

WTB. Bremen, 21. März. In einer gestern vom Seemannsbund einberufenen Versammlung Bremer Seelente aller Chargen wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern und sie nur ausfahren zu lassen, wenn die Befragung die Zustimmung bekommt, daß die Mannschaft an Bord verbleibt.

— Stettin, 21. März. In Stettin werden die auf Grund des Lebensmittelabkommens mit der Entente ausgewählten deutschen Schiffe mit aller Beschleunigung zur Ausfahrt bereitgestellt.

WTB. Berlin, 20. März. Infolge der Weigerung einiger radikaler Seemannsverbände, sich an Bord der auslaufenden deutschen Lebensmittelsschiffe zu begeben, war die Ausführung des Brüsseler Abkommens und die Verpflegung Deutschlands in Frage gestellt. Deshalb hat die deutsche Wehrmacht Kommando am 20. März bei den alliierten Regierungen den Antrag gestellt, die Genehmigung zur sofortigen Inbetriebnahme von vier kleinen Kreuzern auf dem schifflosen Wege zu erteilen. Durch diese Maßnahme würde der Schutz der sofortigen Ausfahrt der Handelschiffe, sowie der zu erwartende Lebensmitteltransport garantiert.

Sch. Weimar, 21. März. (Privat.) Die Reichsregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die zwangsweise Ausfahrt der Hamburger Lebensmittelddampfer nach New York für spätestens Sonntag durchzuführen.

Deutsch-Oesterreich.

Zum Auslandsaufenthalt Erzherzog Karls.

WTB. Wien, 19. März. Die „Neue Freie Presse“ erzählt über die Gründe der bevorstehenden Reise des früheren Kaisers Karl in die Schweiz, daß fast zur gleichen Zeit, als die Sozialdemokraten nach der Ausrufung der Republik in Wien den Gedanken einer Ueberlieferung des Kaisers ins Ausland faßten, eine Einladung des englischen Königshauses an den Kaiser eintraf, sich in England unter allen Garantien für seinen persönlichen Schutz niederzulassen. In der jüngsten Zeit ließ die deutsch-oesterreichische Regierung durch eine Militärperson wiederum mitteilen, daß eine Verlegung des Wohnsitzes nach außerhalb möglichst wünschenswert sei.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlruhe, den 21. März.

— Der heutige Tag des Frühlingssangs macht ein unwirkliches Gesicht. Regnerisch, trüb und kalt begann der Tag und der Mond zeigte keinen Hof, die einzige Hoffhaltung, die zur Zeit bei uns nicht aufgehoben ist. Und gerade den hätten wir als Frühlingsschönen gern vermocht. Nicht wenig langtrah schaut es ja auch sonst aus in deutschen Länden und es ist fast, als wäre der Frühling mit seinem Zögern und seinen fortwährenden neuen Kämpfen mit den letzten Truppen des Winters, der immer wieder aufdringlich in diesen Tagen das Land mit Entzerrung, Schnee und Regen heimsuchen wollte, ein

Sinnbild unseres gegenwärtigen politischen Zustandes. Aber einmal muß die neue Lebensjahre über alle Winternot fliegen, einmal muß unser Deutschland wieder an einen neuen Frühling glauben können. Nur zage wird es beginnen, aber wie heute schon in den noch winterlich schneidenden Bäumen der Saft heimlich steigt, wie an den Sträußern die Knospen schon geheimnisvoll zu schwellen beginnen und das erste zarte Grün, die ersten schneeweißen Blüten sich hervorwogen, als Gerode der Frühlingzeit, so wollen auch wir das Vertrauen auf eine Wiedergeburt Deutschlands nicht verlieren. Heute nachmittag 5 Uhr 19 Min. wenn bei der Tag- und Nachtgleiche die Sonne in das Zeichen des Widbers tritt, beginnt nach der Vorhersage des Kalenders der Frühling da draußen. Lassen wir ihn auch in unsere Herzen ein mit seiner Zuversicht auf ein neues, junges Werden.

— Anmerkungen für die japanische Armee. Da viele Anfragen wegen Eintritts in die japanische Armee beim Generalkommando des 14. Armeekorps erfolglos, hatte sich letzteres an das Kriegskammerium gewandt mit der Bitte um Aufklärung. Von Berlin ist nun folgende Antwort eingelaufen: „Der von Anmerkungen durch Japan nichts bekannt. Bewerber sollen sich um Wohl des Vaterlandes beteiligen und nicht ihre Kräfte einer Macht zur Verfügung stellen, die noch nicht zu den Feinden Deutschlands gehört.“ — Diese vaterländische Antwort mögen sich manche hinter die Ohren schreiben.

N.A. Die Milchnot in Karlsruhe. Mit Zustimmung der Stadtverwaltung hat das städtische Milchwirtschaftsamt die Milchmehrer aus allen Lieferungsgebieten der Stadt Karlsruhe zu einer Besprechung nach Karlsruhe eingeladen. 82 Vertreter waren der Einladung gefolgt. Unter Führung des Vorstandes des Milchwirtschaftsamt N.A. wurde zunächst das Milchwirtschaftsamt im Friedrichshof an, bei der die Erfahrungen bei der Milchlieferung der Städte ausgetauscht und manche wertvolle Anregungen gegeben wurden. Bürgermeister Dr. Hoffmann schärfte dabei die sich fortgesetzt verschlimmernden Verhältnisse in den Städten, insbesondere den bedauerlichen Milchmangel, unter dem vor allem die Kinder und Frauen zu leiden haben. Die Verpflegung in der Stadt könnte wesentlich besser sein wenn die Landbevölkerung ihre Lieferungsverpflichtung gegenüber den Städten besser erfüllen und den Schicksal der Milch weniger begünstigen würde. Der Bürgermeister rief alle an die Anwesenden vom Lande die dringende Bitte, zu Hause ihren Einfluß geltend zu machen, damit das Land seiner Verantwortung besser nachkomme. Auch Herr Schmid vom städtischen Milchwirtschaftsamt wies darauf hin, daß die Milchlieferungen in letzter Zeit in beängstigender Weise abgenommen haben, jedoch die Milchlieferung der Kinder und Kranken gesichert sei, wenn nicht eine Lockerung eintrete. In einem längeren interessanten Vortrag sprach Dr. Schäfer von der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg die Zukunftsplanung und Beschränkung der Milch, wobei er besonders äußerliche Reinlichkeit während des Melkens empfahl. — Im Namen der erschienenen Milchmehrer dankte Herr Schmid dem Herrn N.A. für die Einladung und gab das Versprechen ab, daß er und seine Kollegen alles tun wollen, um die Stadt reichlich mit Milch zu versorgen.

— Verfassungskomitee. Heute Freitag, den 21. März, veranfaßte die badische vorkläufige Regierung anlässlich der Annahme der Verfassung den vom Kunst- und Kulturrat entsprochenen bereits angelegten Reichstag im städtischen Konzerthaus. Der Vorsitzende des Verfassungskomitees Dr. Dieck wird eine Ansprache halten. Der fünfteilige Teil wird vom Chor und Orchester des Landesorchesters unter der Leitung von Fritz Cordtitz und von den Solisten Frau v. Ernst, Fel. Bruns, Max Wiltner, Hellmut Neugebauer, Karl Engel und von Paul Kälcher ausgeführt. Bei dem beschriebenen Raum konnten außer den Regierungsvorstehern und Abgeordneten nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Vertretern der verschiedenen Gemeinden und Berufsstände durch Vermittlung ihrer Vertretungen Plätze zugewiesen werden. Es wird deshalb von der Karlsruher Ortsgruppe des Volksbundes geplant, den Festsaal, weiteren Kreisen durch eine Wiederholung zugänglich zu machen.

— Zur Erziehung des Otmanns Gottlob Ernst von Beierheim wird uns von der Kommandantur der hiesigen Volkswehr mitgeteilt, daß die Leistungen hier erschienen, soviel verschiedeneartige Darstellungen sind auch gegeben worden. Nach der von dem Kommandanten der Volkswehr geführten eingehenden Unternehmung kommt der in der „Badischen Presse“ vom 19. ds. Mts. gebrachte Bericht der Wahrheit am nächsten. Die Volkswehrleute waren zu dem Zweck, daß es sich um Schleichhändler handelt, durch das Benehmen des Otmanns und der drei Begleiter des Otmanns vollständig berechtigt. Nach den Feststellungen der Polizei waren den Schweinern die Küffel verboden, damit sie beim Transport kein Aufsehen erregendes Geräusch machen. Trotzdem der Schutz gefaßt, hielt der Fuhrmann nicht an, jagte sein Pferd weiter und erst einem fünften dem Fuhrwerk in den Weg tretenden Bekehrmann ist es gelungen unter Ausnutzung seiner gesammelten Kraft das Fuhrwerk zum Stehen zu bringen. Wenn wie jetzt behauptet werden will, die Fuhrleute ein gutes Gemüths hatten, warum jagten sie trotz der mehrfachen lauten „Salzfaden“ durch die Gassen und Kriegerstraße? Auf Grund dieser Tatsachen hat der Bekehrmann mit Recht einen Schreckensschrei abgehört, dem übrigens Ernst, wenn er sich nicht verreckt in dem Wagen aufschalten hätte und dies dem Bekehrmann unbekannt war, niemals aus dem Auge gefallen wäre. Es ist bedauerlich, daß ein Menschenleben zu befragen ist, aber es möge sämtlichen Schiebern und Schleichhändlern zur Warnung dienen. Die Volkswehr ist eine staatliche Einrichtung; jeder Volkswehrmann hat die Rechte und Pflichten eines Staatsbeamten. Im übrigen bleibt die tatsächliche Feststellung bis zum Abschluß der gerichtlichen Unternehmung vorbehalten.

„Hm, ja. Aber der Skandal ist doch da, und schließlich ist eine Frau, die ihrem Manne bei Nacht und Nebel davonläuft, alles zuzutrauen.“ „Sei still!“ Ein leiser, aufreizender Klang lag in den zwei Worten. Sie legte ihm die Hand auf die Schulter. „Konrad, es ist das selbe Unglück, das einst unsere Mutter über dieses Haus brachte.“ „Daß unsere Mutter jetzt ruhen, Henriette.“ Es war nur ein Murmeln gewesen, aber verstanden hatte sie es doch. Eine Zeitlang stand sie noch neben ihm. Als er aber keine Miene machte, das Gespräch weiter zu führen, zog sie es vor, zu gehen. Einflüßig nahmen die beiden Mädchen das Mittagmahl ein. „Du warst bei ihm?“ fragte Gertha, als der Diener abgeräumt hatte. Henriette nickte. „Er sitzt apathisch an seinem Schreibtisch und gibt unfreundliche Antworten. In einer Weise verstehe ich ihn. Die ganze Stadt redet von der Sache.“ „Vielleicht denkt er doch noch an seine Frau“, meinte Gertha heiklich, während ihr ein leichtes Rot in die blassen Wangen stieg. „Da kenne ich meinen Bruder besser“, entgegnete Henriette mit einem halben Lächeln. „Ein Bunthardt regiert nicht, was man ihm angeht. Jetzt ist seine Sorge noch das Kind. Ist das erst wieder im Hause, dann wird er von selber anders.“ „Ob er sie wirklich geliebt hat?“ forschte Gertha. „Natürlich seine Frau.“ Man merkte dem blonden Mädchen eine ganz ungewöhnliche Ungebuld an.

„Gefiekt?“ Henriette wiegte den Kopf. „In der ersten Zeit wohl, wie das so immer ist. Nachher, glaube ich, hat er gründlich bereut. In dem Lichte gesehen ist es ja ganz gut für ihn, daß sie die Brücken abgebrochen hat.“ Gertha lehnte sich zurück. Ein gelbes Fünkchen stand in ihren grauen Augen. Die vollen Lippen lagen wie eine lodende Frucht in dem matten Weiß ihres Gesichts. „Sie war wohl nicht die rechte Frau für ihn“, sagte sie gedämpft. „Das war sie nicht“, antwortete Henriette und streifte Gertha Bunthardt mit einem langen Blick. Nachmittags kam Tante Esfriede mit Renate. Kurze Zeit darauf erschien auch Konrad unten. „Mein armer Junge“, murmelte sie. In den vergangenen Tagen war sie stets in Tränen ausgebrochen, wenn sie ihn gesehen hatte. Er schien das auch heute zu befürchten, denn er tat einen solchen Schritt zurück und blieb mit gekreuzten Armen am Fenster stehen. „Meine Frau ist, wie ich schon annahm, bei ihrer Mutter in Wien“, brach er plötzlich ganz ohne Vorbereitung das Schweigen. „Ach“, machte Tante Esfriede. „Ich habe das übrigens gewußt. Nun kannst du gleich heute den Nachmittag benutzen, um das Kind aus dem Hause der Schauspielerin zu holen. Ober soll ich fahren, mein Junge?“ Er blickte an den harten Augen vorbei in die Tiefe des Zimmers. „Weder du noch ich, Tante. — Das Kind bleibt dort.“ „Konrad!“ Aus drei Reihen zugleich war es gekommen. Tante Esfriedens Stridzeug schlug lärmend auf dem Boden. Im Augenblick dachte niemand daran, es aufzuheben. (Fortsetzung folgt.)

Badische Nationalversammlung. Beratung des Verfassungsgesetzes.

Karlsruhe, 20. März. Die Nachmittags-Sitzung wurde kurz nach 14 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffnet. Die Aussprache über das Verfassungsgesetz wurde fortgesetzt. ...

tralle, der Freiheit und der Wahrheit (Zuruf Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Ist das auch Pressefreiheit, wenn in Waldbrunn ein Pfarrer das Lesen der „Vollstimme“ verbietet?) Wir wollen uns nicht gegenfeitig Vorwürfe machen. ...

Einzelberatung.

Bei der Abstimmung über § 1 wird dessen erster Teil „Baden ist eine demokratische Republik“ mit allen gegen 7 Stimmen der deutsch-nationalen angenommen. ...

Abg. Frau Weber (Dem.) äußert sich zu dem §§ 9 und 11, wonach die Frauen zu allen Arbeiten zugelassen sind. ...

Abg. Wagner-Karlsruhe (D. Ntl.) bemerkt, der Beamte sollte auch in der Zukunft von nichts anderem abhängig sein, als dem Gewissen und dem Gesetz. ...

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Sehr ungern haben wir darauf verzichtet, unsere Anträge zu den §§ 18 u. 19 nicht wieder einzubringen. ...

Abg. Dr. Dieh (Soz.) befaßt sich eingehend mit den §§ 18 und 19 und bespricht die Vorgänge in Billingen. ...

Minister Dr. Haas: Die Wahrung der Pressefreiheit liegt mir sehr am Herzen. Gewiß herrscht eine Nervosität, eine ungesunde Nervosität und jede Partei jagt ihren Anhängern: Halte eure Nervosität im Zaum. ...

Abg. Karl (D. Nat.) verbreitet sich über den Religionsunterricht und seine Erteilung. ...

Am 1/8 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt. ...

Die Volksabstimmung über die badische Verfassung.

Karlsruhe, 20. März. Zu der Nachricht, daß die neue badische Verfassung am 30. März einer Volksabstimmung unterbreitet werden soll, wird heute berichtet, daß über die Verfassung das badische Volk in einem Referendum entscheiden soll. ...

Aus Baden.

Karlsruhe, 20. März. In einer demokratischen Versammlung in Heidelberg erklärte Abg. Dr. Götzein, daß die Demokraten im neuen Ministerium das Amt des Kultusministers erhalten werden. ...

Karlsruhe, 21. März. Eine Verordnung der badischen vorläufigen Volksregierung bestimmt, daß das Justizministerium Mitglieder der Volksräte und Volkswehrer zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellen kann. ...

Staatsanwaltschaft zur Hornahme von Beschlüssen, Durchsuchungen und vorläufigen Festnahmen berechtigt sind. ...

Karlsruhe, 20. März. Wie dem „Seidels Tagbl.“ mitgeteilt wird, trennte sich nach heftigen Auseinandersetzungen in der Mitgliederversammlung der unabhängigen Sozialdemokratie ein Teil der Mitglieder, ungefähr 20 Mann, unter der Führung der Arbeitlosen-Deputierten und des Redigers Wangemann ab. ...

Badische Chronik.

Pforzheim, 20. März. Die Zahl der Typhus-Erkrankungen hat 1500 überschritten, die der Todesfälle beträgt 25. ...

Ketsch, 1. Schwefingen, 20. März. Die Gemeinde Ketsch kann ihre Umlagen von 65 auf 60 Proz. herabsetzen, zum Teil weil Pferde, die mit 4500 M. angekauft waren, zu dem hohen Preise von 12 000 M. versteigert wurden. ...

Neckargemünd, 20. März. Infolge einer schon vor einiger Zeit eingetretenen Hilfspflichtigkeit starb im Hebelberger Hospital der bekannte Leiter des Neckargemünder Krankenhauses, Neurologe Dr. Mugden. ...

Uellosen b. Offenburg, 20. März. Wie berichtet, haben die hiesigen Landwirte einstimmig beschlossen, dem Kommunalverband Offenburg keine Kartoffeln mehr zu liefern. ...

Freiburg, 20. März. Ein 10 Jahre alter Knabe richtete in der elterlichen Wohnung im Stühlinger im Scherz eine Stockkiste auf seinen 6jährigen Bruder, ohne zu wissen, daß die Waffe geladen war. ...

Konstanz, 20. März. Die Fahnder Fischer und Bednaden hier in dem Hotel Barbarossa eine Kontrolle vor. ...

Turnen, Spiel und Sport.

Karlsruhe, 21. März. Auf dem Spielplatz des V. f. B. gegenüber der Telegrafenkaserne treffen sich am kommenden Sonntag die Mannschaften des F. C. Mühlspitz und V. f. B. zu den fünften Verbandswettspielen. ...

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhes.

Erbschaften. 20. März: Eduard Greven von Amsterdam, Stammvater. ...

Luftwärme in Karlsruhe

nach den Beobachtungen der meteorologischen Station. 20. März, mitt. 2,26 Uhr, 2,3 Grad; 20. März, nachts 2,26 Uhr, 1,4 Grad; 21. März, morg. 7,26 Uhr, -1,2 Grad. ...

Wasserstand des Rheins.

Eschweiler, 21. März, morg. 6 Uhr, 1,31 m (20. März 1,30 m). ...

Konfervatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe. Das Programm des am Mittwoch, den 19. März stattfindenden Konzerts der Ausbildungsklassen enthält folgende Stücke: ...





